Kommission in Angelegenheiten der Stadterweiterung von Wien.

Das für die Kommune Wien höchst wichtige Unternehmen der Stadterweiterung wurde auch im Jahre 1864, soweit es den Wirkungskreis der Gemeinde berührt, mit allen Kräften gefördert und mußten von der Kommune namhafte finanzielle Opfer gebracht werden, um die damit verbundenen Verhandlungen dem gewünschten Erfolge zuführen zu können.

Es wurde schon in meinem vorjährigen Berichte erwähnt, daß Se. k. k. apost. Majestät allergnädigst geruhten, die vor der protestantischen Schule und dem k. k. Polytechnikum gelegenen Stadterweiterungsgründe mit Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung der Stadtgemeinde Wien zur Herstellung eines Kinderspielplatzes und einer Gartenanlage auf die Dauer von 20 Jahren unentgeltlich zu überlassen. Es wurde demnach das Stadtbauamt beauftragt, zur Ausführung dieser Gartenanlage auf dem 4860^o messenden Platze einen Plan zu verfassen und der Stadtgärtner Siebel angewiesen, die nöthigen Arbeiten durchzuführen. Bei Verfassung des Planes war die Rücksicht vorwaltend, daß die Verbindungen gegen das Polytechnikum und die protestantische Schule freigehalten, vor der protestantischen Schule selbst ein Kinderspielplatz angebracht und in dessen Mitte ein Auslaufbrunnen und niedere Gebüsch hergestellt, endlich der Anblick auf die Karlskirche nicht durch zu hohe Bäume verdeckt werde. Von der Ausführung kostbarer Blumenanlagen glaubte man aber auf diesem Punkte absehen zu sollen. Es wurde zur Ausführung dieser Arbeiten eine Offertverhandlung eingeleitet, und die hierzu erforderlichen Erdarbeiten dem Unternehmer Herrn Rinnböck um den Preis von 12.976 fl. überlassen, welcher sich verpflichtet hatte, diese Arbeiten bis 20. April 1864 zu vollenden. Er ist dieser Zusicherung auch nachgekommen, so daß mit den übrigen Arbeiten, als: Sezung der Bäume und Gesträuche, Legung des Rasens u. dgl. rechtzeitig begonnen und die Anlage im Sommer der Benützung übergeben werden konnte.

Durch die Herstellung dieser Gartenanlage war es auch nothwendig, die von der Karlskirche gegen die Lastenstraße führende Straße umzulegen, und wurde dieselbe von dem Punkte, wo die Allee- und Karls-gasse sich vereinigen, in gerader Richtung mit dem gegenüber am linken Wienufer liegenden Handelsakademiegebäude in einer Länge von 50⁰ und einer Breite von 8⁰ um den Kostenbetrag von 880 fl. ausgeführt. Diese ganzen Anlagen erforderten einen Kostenbetrag von 14.833 fl. 85 fr. und hat sich hierbei gegenüber des vom Gemeinderathe ursprünglich bewilligten Betrages von 20.143 fl. 75 fr. eine Ersparung von 5309 fl. 90 fr ergeben.

Die wichtigsten Fortschritte in der Durchführung der Stadterweiterung beziehen sich aber auf die Fortsetzung der Anlage und Bepflanzung der Ringstraße, welche nach dem schon in früheren Jahren vereinbarten Modus der Kostentheilung zwischen der Kommune und dem k. k. Stadterweiterungsfonde auch im Jahre 1864 zur Ausführung gebracht wurden.

Es sind im Jahre 1864 folgende Strecken der Ringstraße bespottet und mit Bäumen bepflanzt worden:

1. Die Ringstraße von dem Donaukanale nächst der Aspernbrücke bis zum Stubenthore um den Kostenbetrag von	51.462 fl. 3 fr.
2. Die Ringstraße vom ehemaligen Karolinenthore bis zum Kolowratpalais um den Betrag von	23.738 „ 51 „
3. Die Ringstraße von der Operngasse bis zum Burgthore um den Betrag von.....	55.076 „ 67 „
4. Die Ringstraße vom Burgthore bis zur Mariensäule nächst dem k. k. Volksgarten um den Betrag von.....	5144 „ 94 „
welche Objekte daher zusammen die Kosten-	
summe von.....	135.422 fl. 15 fr.

erheischten, von welcher jedoch, wie bereits erwähnt, die halben Kosten der k. k. Stadterweiterungsfond zu tragen hatte.

Außerdem wurden noch hergestellt, beschottert und mit Bäumen bepflanzt:

5. Der Gehweg an der rechten Seite der vom bestehenden Schottenthore zur Akerstraße neu angelegten Straße um den Kostenbetrag von 5138 fl. 50 kr.
6. Die beiderseitigen Gehwege längs der umgelegten Lastenstraße von der Ferdinandsbrücke bis zur Radeßkybrücke um den Betrag von 7851 fl. 54 kr.

Die Kosten für diese beiden Objekte hatte die Kommune allein zu tragen.

Mit besonderen Schwierigkeiten war die vollständige Herstellung und Bepflanzung der eben erwähnten Strecken der Ringstraße verbunden, indem die Ersteller der Erdarbeiten, welche verpflichtet gewesen wären, die kontraktlich übernommenen Arbeiten bis zum 30. März 1864 zu vollenden, dieser ihrer Verpflichtung in keiner Weise nachgekommen sind; denn sie hatten bis zum 1. April nur einen geringen Theil der ihnen übertragenen Arbeiten zur Ausführung gebracht und ist hierbei die Wahrnehmung gemacht worden, daß sie selbst bei den wirklich hergestellten Arbeiten die kontraktlich übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt hatten, da sie schlechtere Erde für die Ausfüllung der Baumgruben lieferten, als sie nach dem Kontrakte hätten beistellen sollen.

Aus diesem Anlasse sah sich der Gemeinderath veranlaßt, die Gesamtarbeiten auf den erwähnten Ringstraßentheilen gegen Einziehung der von den Kontrahenten erlegten Kautionen in eigene Regie zu übernehmen, um den Theil der Ringstraße vom Burgthore bis zur neuen Aspernbrücke vollenden und dem Verkehre übergeben zu können.

Allein durch die überwähnte Saumseligkeit der Kontrahenten war es der Kommune selbst bei aller Anstrengung nicht mehr möglich, die Ringstraße in dieser Strecke, wie es ursprünglich beabsichtigt war, bis zum 1. Mai 1864 zu vollenden, weil in Folge der Verspätung der Erd-

arbeiten die Jahreszeit bereits zu weit vorgerückt war, um die Bäume setzen zu können, was erst im verflossenen Herbste geschehen konnte.

Im Herbste ist aber mit allem Eifer auf die Vollendung der Arbeiten zur vollständigen Herstellung dieses Theiles der Ringstraße hingewirkt worden, und es ist der unermüdblichen Thätigkeit der damit beauftragten Organe gelungen, damit bis zum 30. November zu Stande zu kommen, wodurch es möglich wurde, daß Se. Majestät der Kaiser bei Gelegenheit der feierlichen Eröffnung der neuen Aspernbrücke an diesem Tage die Allerhöchste Fahrt von der k. k. Burg bis zur Aspernbrücke über die Ringstraße machen und auch die an diesem Tage aus Schleswig siegreich rückkehrenden Truppen ihren feierlichen Einzug über die Ringstraße halten konnten.

Zur Vollendung der Ringstraße vom Burgthore rechts über den Schottenring bis zum Donaukanal sind alle nöthigen Vorbereitungen getroffen worden, so daß es möglich wurde, auch diesen Theil der Ringstraße bis zum 1. Mai 1865 zu beendigen.

Zur zweckentsprechenden Beleuchtung der Ringstraße vom Stadtparke bis zur Radetzkybrücke, dann der Straße von der letztgenannten Brücke bis zur Ferdinandsbrücke hat der Gemeinderath die Aufstellung von 86 halb- und 46 ganznächtigen Flammen bewilliget und zur Beleuchtung der Ringstraße vom Burgthor über den Schottenring bis zum Franz Josefs-Quai die Aufstellung von 92 ganz- und 172 halbnächtigen Flammen beschlossen und diese auch theilweise, nämlich in der ersteren Strecke noch im Jahre 1864 durchgeführt.

An Kanalisirungsarbeiten in dem Stadterweiterungsrahon gelangten im Jahre 1864 folgende Objekte zur Ausführung:

1. Der Hauptmuthskanal auf der Ringstraße vom Donaukanale aufwärts zum Schottenthore in der Länge von 416° mit dem Kostenbetrage von 60.000 fl.

2. Die Fortsetzung desselben vom Schottenthore bis gegen das Burgthor in der Länge von 450 ^o mit dem Kostenbetrage von	74.540 fl.
3. Der Hauptkanal in der Schottenstraße in der Länge von 134 ^o mit dem Kostenbetrage von beiläufig.....	25.000 „
4. Die Umlegung des sogenannten Cholerakanales am Kolowratring in der Länge von 175 ^o mit dem Kostenaufwande von	32.692 „
5. Die Erbauung eines neuen Haupt- und eines Zweigunrathkanales nächst dem Kolowratdamme um den beiläufigen Kostenbetrag von.....	17.900 „
6. Die Verlängerung des Unrathkanales in der Heinrichsgasse in einer Länge von 40 ^o mit einem Kostenbetrage von circa	3500 „
Daher zusammen...	213.632 fl.

Von diesem Gesamtkostenaufwande hat aber der k. k. Stadterweiterungsfond nach dem bereits mehrerwähnten Grundsätze der Kostentheilung die Hälfte zu tragen.

Einen weiteren theilweisen Ersatz für diese Herstellungskosten wird die Kommune noch durch die feinerzeit von den Hauseigenthümern auf den angeführten Strecken zu berichtigenden Kanaleinzapfgebühren erhalten.

Die Behandlung dieser Kanaleinzapfgebühren von Privatgebäuden auf den Stadterweiterungsgründen wurde mit Gemeinderathsbeschlusse vom 25. November 1862 dahin normirt, daß auch hier ein Sechstel der Kosten, welche für die Herstellung des Kanales längs der Häuserfronte erforderlich waren, als Einzapfgebühr zu entrichten sei. Es wurden auch diese Gebühren stets auf Grund dieser Norm eingehoben; nur bezüglich der Häuser am Opernring, welche zur Einmündung ihrer Hauskanäle den im Jahre 1862 neu hergestellten Ringstraßenkanal benötigten, hatten sich Zweifel ergeben, welche Ziffer als die wirkliche den Maßstab der diesfälligen Berechnung bildenden Baukosten anzunehmen sei.

Der gedachte Ringstraßenkanal wurde nämlich Behufs der Einmündung in den sehr tief gelegenen Burgkanal in einer größeren Tiefe angelegt, als es für gewöhnliche Zwecke nothwendig gewesen wäre; weshalb auch die Kosten für die größere Tiefenlage vom k. k. Stadterweiterungsfonde allein übernommen wurden; dagegen bestritten die übrigen Kosten für den Bau in der gewöhnlichen Tiefenlage der erwähnte Fond und die Kommune zu gleichen Theilen. Je nachdem nun die letzteren Kosten oder aber auch die vom k. k. Stadterweiterungsfonde allein bestrittenen Mehrkosten für die größere Tiefenlage berücksichtigt werden, berechnet sich der Preis für eine Kurrentklasten Kanal im ersteren Falle mit 146 fl. 36 kr., im letzteren Falle dagegen auf 182 fl. 52 kr.

Der Gemeinderath beschloß nun, daß bei diesem Hauptunrathskanale der mindere Preis als der Maßstab zur Berechnung der Einzapsgebühr angenommen werden soll, weil für die betreffenden Hauseigentümer die gewöhnliche Tiefenlage des Kanales ebenso wie für die Kommune vollkommen entsprechend gewesen wäre.

Die Eigenthümer der Häuser in der *Marimilianstraße* haben sich geweigert, für die Einmündung ihrer Hauskanäle in den in dieser Straße hergestellten Kommunalkanal die *Einzapsgebühren* zu entrichten, indem sie anführten, daß sie die längs der verbauten Gruppen S/A und S/B gelegene Strecke des ehemaligen Burgkanales auf ihre eigenen Kosten umgelegt hätten, und durch die anlässlich des Neubaus des Kanales nothwendig werdenden Abänderungen ihrer Hauskanäle ohnehin neuerlich wieder in Anspruch genommen werden. Der Gemeinderath fand jedoch bei dem Umstande, als die Umlegung des jetzigen Kanales mit Rücksicht auf die weiteren Baugruppen unabweislich nothwendig und auch im Interesse der gedachten Hauseigentümer gelegen war, weil dieselben bei dem Mangel einer sicheren Fundirung und eines hinreichenden Gefälles der dormaligen Kanalstrecke jedenfalls in den neuen Kanal einmünden müssen, dieser Weigerung der betreffenden Hauseigentümer keine Folge zu geben, und anzuordnen, daß dieselben zur Entrichtung der Kanaleinzapsgebühr zu verhalten seien.

Der Bau des gräßlich **Wickenburgischen Hauses** in der Salzgrießgasse erforderte die Regulirung des dieses Haus umgebenden Terrains, weil das Niveau des Hauses um 6—7' über das Niveau des Straßengrundes herausragte, und in Folge dessen die Zu- und Abfahrt bei diesem Hause als auch die Benützung der ebenerdigen Verkaufsgewölbe bei dieser Niveauhöhe geradezu unmöglich war. Da nun mit der nöthigen Abhilfe dieses Uebelstandes bis zur Finalisirung der Feststellung des Niveaus am Salzgrieß nicht zugewartet werden konnte, war es nothwendig ein Provisorium einstweilen zu schaffen, in der Weise, daß der Grund bis zur Niveauhöhe des Hauses angeschüttet und an der Seite gegen den Salzgrieß eine gemauerte Rampe aufgeführt werde. Hinsichtlich der Tragung der Kosten wurde vom Gemeinderath in Antrag gebracht, daß ein Drittel der Kosten von Seite der Kommune, ein Drittel von dem k. k. Stadterweiterungsfonde und ein Drittel von Sr. Excellenz dem Herrn Grafen Wickenburg als Bauherrn übernommen werden sollen. Dieser Antrag erhielt auch die Genehmigung des k. k. hohen Staatsministeriums.

Im abgelaufenen Jahre wurde aus Anlaß eines von der k. k. Geniedirektion gestellten Ansuchens, welche längs ihres Gebäudes das Trottoir herzustellen wünschte, das Profil und die Breite der Lastenstraße in der Art bestimmt, daß an jenen Stellen, wo auf beiden Seiten der Lastenstraße Häuser gebaut sind, die Straße 6" breit, dann eine einfache Reihe von Bäumen, und dann das Trottoir mit 3^o Breite hergestellt werde; dort aber, wo nicht gebaut ist, eine zweifache Reihe von Bäumen und ein 2" breiter Gehweg zur Ausführung komme. Die Herstellung der Trottoirs wäre eine Pflicht der Hauseigenthümer, während die Herstellung der Gehwege von der Kommune zu besorgen ist. Die Pflasterung der Trottoirs hat mit $\frac{1}{2}$ zölligen, 5" dicken Steinen zu geschehen, und sind dieselben 6" gegen die Fahrstraße erhöht, und mit 3 bis 4 Schuh langen Randsteinen umgeben auszuführen; die Gehwege sollen makadamisirt werden.

Von Seite des k. k. Staatsministeriums ist dem Gemeinderathe auch der Plan zur Umlegung der Lastenstraße in der Richtung von der

Mariahilferstraße bis zur Josefstädterstraße zur Begutachtung zugemittelt worden, gegen welchen keine Einwendung erhoben werden konnte, da die Niveauverhältnisse mit den Terrainverhältnissen übereinstimmend gefunden wurden; nur wurde das Ansuchen daran geknüpft, daß bezüglich jener Straßen, welche von den jetzt bestehenden Vorstadtbezirken in die Lastenstraße einmünden, diese Einmündung mit möglichster Berücksichtigung der geraden Linien durchgeführt werde, und ist auch von dem k. k. Staatsministerium die Zusicherung ertheilt worden, daß hierauf Bedacht genommen werden wird.

Schon in dem vorjährigen Administrationsberichte wurde erwähnt, daß der Gemeinde Wien zur Erbauung des neuen Rathhauses die Baugruppen III und IV zwischen der verlängerten Johannes- und Weihburggasse in der Ausdehnung von 3412⁰ um den Kauffchilling von 250.000 fl. ö. W. überlassen wurde, und daß die Zahlung dieses Betrages durch die Abrechnung jener Zahlungsleistungen, welche der k. k. Stadterweiterungsfond als Beitrag der halben Kosten für die Anlage der Ringstraße, oder andere derartige von der Kommune hergestellte Bauobjekte nach gegenseitigem Uebereinkommen im Stadterweiterungsrahon zu leisten hätte, zu erfolgen hat.

In Folge dieser gegenseitigen Abrechnung für die von der Kommune im Jahre 1864 geleisteten Herstellungen ist der Kauffchilling nicht nur für diesen Platz, sondern auch für einige andere Objekte, worunter namentlich die der Kommune zu Schulzwecken überlassenen Stadterweiterungsgründe nächst der Rothgasse und der verlängerten Annagasse gehören, bereits vollständig berichtigt worden. Was die Feststellung des Programmes so wie die Konkursauschreibung zur Einreichung von Plänen Behufs der Erbauung des neuen Rathhauses betrifft, so ist dessen bereits bei der Baufektion Erwähnung geschehen.

Bei Ueberlassung des erwähnten Platzes zum Rathhausbau wurde von Seite des k. k. Staatsministeriums auch die Bedingung gestellt, daß zur Einlösung des Hauses Nr. 1035 nächst dem Hofopertheater die Kommune die Hälfte der Kosten beitrage. Nachdem der Eigenthümer

dieses Hauses ungeachtet wiederholter Bemühungen und Vorstellungen zu einer Ermäßigung seines überspannten Preisanbotes nicht vermocht werden konnte, so mußte dießfalls die Expropriation ange sucht werden, welche auch von der k. k. Statthalterei genehmigt wurde. Erst in Folge dessen hat sich der Eigenthümer zu einer Ermäßigung des Preises für dieses Haus auf den Betrag von 60.000 fl. herbeigelassen, um welchen Betrag das Haus eingelöst worden ist. Die eine Hälfte der Kosten hatte in Folge der obenerwähnten Bedingung die Kommune, die andere Hälfte der k. k. Stadterweiterungsfond zu tragen. Das fragliche Haus ist bereits vollständig demolirt, und für das Materiale in Folge der dießfalls abgehaltenen Offertverhandlung ein Betrag von 500 fl. erzielt worden.

Von Seite des k. k. Staatsministeriums wurde der Kommune die Proposizion gestellt, daß Letztere zum Zwecke der vollkommenen Verba uung der einen Hälfte der Gruppe a₁ der Stadterweiterungsgründe am Salzgries, dann zur Herstellung einer Kommunikazion von der Gonzagagasse gegen den Salzgries, endlich zur Anbahnung der feinerzeitigen Regulirung der letztgenannten Straße die Einlösung der beiden Häuser Nr. 202 und 203 auf ihre Kosten übernehme, wogegen der k. k. Stadterweiterungsfond sich erboten hatte, den hinter den genannten Häusern gelegenen Theil der Stadterweiterungsparzelle Nr. 3 der erwähnten Gruppe im Ausmaße von 96⁰ der Kommune unentgeltlich und eigen thümlich zu überlassen, und überdieß von dem bereits eingelösten und zur Demolirung bestimmten Hause Nr. 204 am Salzgries den zur Herstel lung der neuen Verbindungsstraße erforderlichen Theil im Ausmaße von 23⁰, ebenfalls ohne Anspruch auf Entschädigung zu übergeben. Es sind hierüber mit den betreffenden Hauseigenthümern Verhandlungen eingeleitet worden, welche zur Folge hatten, daß die Eigenthümer des Hauses Nr. 202 sich bereit erklärten, dasselbe in einem Flächenmaße von 49⁰ um den Preis von 55.000 fl., und die Eigenthümerin des Hauses Nr. 203 erböthig war, dieses im Flächenmaße von 40⁰ um den Kaufschilling von 43.000 fl. zu überlassen. Nachdem diese Verkaufsangebote den Verhältnissen ange messen erschienen, so wurde der Ankauf dieser beiden Realitäten genehmigt, und auf die Proposizion des k. k. Staatsministeriums eingegangen. Es

ist nämlich hiebei in Betracht gezogen worden, daß von den eingelösten Häusern nach ihrer Demolirung mit Hinzurechnung der von dem k. k. Stadterweiterungsfonde überlassenen Parzelle noch eine Grundfläche von 143⁰ 1' 1" zur Wiederverbauung erübriget, deren Werth mit Annahme eines Betrages von 350 fl. per ⁰Maßter und mit Einrechnung des Materialwerthes von circa 6000 fl. den Betrag von 56.163 fl. repräsentirt.

Wird ferner in Betracht gezogen, daß die Einlösung des Straßengrundes jedenfalls eine die Kommune treffende Last ist, und in Folge dessen circa 90⁰ von den Häusern Nr. 202, 203 und 204 zur Eröffnung der neuen Verbindungsstraße eingelöst werden müßten, und diese Einlösung des Straßengrundes mindestens 45.000 fl. betragen würde, so konnte der Ankauf dieser beiden Realitäten immerhin als ein günstiger bezeichnet werden.

Das k. k. Staatsministerium hatte wiederholt in Anregung gebracht, daß der Gemeinderath sich entscheide, ob er den Stadterweiterungsgrund, welcher nächst der Salesianergasse auf der Landstraße zwischen der Lastenstraße und dem Wienflusse neben dem ehemaligen Trödlermarkte gelegen ist, zur Herstellung einer Gartenanlage benützen wolle, jedoch gegen dem, daß das Eigenthums- und Verfügungsrecht über diesen Platz dem k. k. Stadterweiterungsfond im Falle des Bedarfes unbeirrt bleibt. Bei einem so unsicheren Bestande erschien es dem Gemeinderath nicht gerathen eine kostspielige Gartenanlage herzustellen und er glaubte, bei dem Umstande, als zu Michaeli 1864 auch der Trödlermarkt geräumt werden mußte, und in dem von Sr. k. k. apost. Majestät genehmigten Stadterweiterungsplane die ganze Strecke von der Nothbrücke bis zur Mondscheinbrücke als Gartenanlage verzeichnet erscheint, bei dem hohen Staatsministerium das Ansuchen zu stellen, daß der Kommune diese ganze Strecke zu dem gedachten Zwecke für immer oder mindestens doch auf eine Reihe von 20 Jahren überlassen werde. Allein das hohe k. k. Staatsministerium fand sich nicht bestimmt hierauf einzugehen, indem es dem Gemeinderathe eröffnete, daß es wohl bereit sei den ehemals zum Heumarkte und zur Militärreitschule benützten Platz zur Herstellung von Gartenanlagen, jedoch nur auf die Dauer von 10 Jahren vorbehaltlich des Rechtes des Stadt-

erweiterungsfondes unentgeltlich zu überlassen; rüchftlich des Trödelmarktes, so wie jenes Raumes, welcher durch die Verlegung des Wienflußbettes zunächst der im Bau begriffenen neuen Brücke bei dem Schwarzenbergplatze gewonnen werden wird, hat sich das k. k. Staatsministerium aber die Verfügung bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, als nach Vollendung dieser Brücke die Regulirung der angrenzenden Partie in Angriff genommen werden wird. Der Gemeinderath erachtete bei den namhaften Auslagen, welche die Herstellung einer Gartenanlage auf dem beschränkten kleinen Raume verursachen würde, und im Hinblick auf die kurze Zeitdauer von nur 10 Jahren, auf diesen Vorschlag des hohen k. k. Staatsministeriums nicht eingehen zu können.

Die Verhandlungen, welche von der Kommune rüchftlich der Bestimmung des Niveau's für den Bau der neuen Kaserne nächst der Augartenbrücke gepflogen wurden, war insofern vom Erfolg begleitet, als nach dem Wunsche der Kommune der Neubau eine solche Niveauhöhe erhielt, daß eine zweckmäßige Verbindung mit der Umgegend ermöglicht wurde.

Mit Rüchft auf den Bau der neuen Brücke über den Wienfluß nächst dem Hause zum Mondschein wurden die Vorarbeiten für die Regulirung des Schwarzenbergplatzes, die Umlegung des Wienflusses nach der Stellung der neuen Brücke und der Straßen am jenseitigen Wienflußufer eingeleitet, und sind die Verhandlungen hierüber mit dem hohen k. k. Staatsministerium im Zuge.

Für den Bau eines neuen Pulververschleißlokales des Franz Leibenfrost, welchem bekanntlich bis zum Zeitpunkte der anderweitigen Unterbringung das städtische Häuschen nächst der Stubenthorbrücke am rechten Wienflußufer überlassen worden ist, wurde endlich nach vielfachen Verhandlungen ein vollkommen entsprechender Platz am linken Wienufer unterhalb der Stubenthorbrücke definitiv bestimmt, und wird der Bau dieses Verschleißlokales daselbst ausgeführt.

Was den Bau des Kursalons im Stadtparke betrifft, so habe ich die diesfalls gepflogenen Verhandlungen bei der VI. Sektion bereits umständlich erörtert.

In dem abgelaufenen Jahre wurde auch das **Präliminare der Erhaltungskosten** für die einzelnen von der Kommune hergestellten Parkanlagen, für die Ringstraße und einzelne andere Objekte für das Jahr 1865 festgestellt und zwar:

1. Die Bezüge des Stadtgärtners und des Obergehilfen mit Einrechnung des Miethzinses für die Naturalwohnung mit	3920 fl.	—	fr.
2. Die Erhaltungskosten für den Reservergarten unter den Weißgärbern mit.....	2904	„ 15	„
3. Für die Parkanlagen am rechten Wienflusufser	4542	„ 38 1/2	„
4. Für die Parkanlagen am linken Wienflusufser	7637	„ 27	„
5. Für den Betrieb der Parkwasserleitung.....	2800	„ —	„
6. Für die Parkanlage am Franz Josefs-Quai.	2364	„ 53 1/2	„
7. Für die Parkanlage im VIII. Bezirke	1613	„ 75	„
8. Für die Gartenanlage vor dem Polytechnikum	3337	„ —	„
9. Für Erhaltung der Baumpflanzungen an der Ringstraße	2679	„ 40	„
10. Für die Erhaltung verschiedener anderer Anpflanzungen, wie an der Lastenstraße, an den Wienflusufsern, am Rudolfsplatze nächst der Teinfaltsstraße, in der Schwimmschulallee im Prater, an der Himbergerstraße, auf dem Platze vor dem Dampfschiffahrtsgebäude zc. zc. ...	2651	„ 80	„

Es stellt sich sonach das Gesamterforderniß der Erhaltungskosten für die obbezeichneten Parkanlagen und Baumpflanzungen auf der ganzen Ringstraße auf die Summe von 34.450 fl. 38 fr.

Was die im Stadterweiterungsrahon vorgekommenen Pflasterungen betrifft, so sind dieselben unter den bei der II. Sektion angeführten im Jahre 1864 hergestellten Pflasterungen mitbegriffen, und wurde für dieselben die Summe von 51.656 fl. verausgabt, von welcher aber die Hälfte den k. k. Stadterweiterungsfond trifft, so daß die eigentliche Summe, welche hierfür von der Kommune verausgabt wurde, sich auf den Be-

trag von 25.828 fl. stellt. Ebenso wurde für Makadamisirungen und neue Straßenanlagen im Stadterweiterungsrayon in einem Flächenmaße von 17.700^o ein Kostenbetrag von 45.445 fl. verausgabt, wofür gleichfalls die halben Kosten per 22.722 fl. 50 kr. auf den k. k. Stadterweiterungsfond entfallen.

Außer den hier angeführten Gegenständen wurde die Stadterweiterungskommission des Gemeinderathes, so wie der Magistrat vielfach mit den zum Zwecke dieses Unternehmens, theils von der Kommune selbst, theils aber von der k. k. Stadterweiterungskommission veranlaßten Lokalkommissionen und anderen kommissionellen Verhandlungen vielfach in Anspruch genommen.

Kommission für die Wasserversorgung Wiens.

Seit Jahren ist die Gemeindevertretung bemüht, die so hochwichtige Frage der Versorgung der Haupt- und Residenzstadt mit gutem Trink- und Nutzwasser in einer für den Bedarf der Bewohner für sanitäre und gewerbliche Zwecke vollkommen ausreichenden Menge einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Der Kommission, welche Sie, meine Herren, aus Ihrer Mitte gewählt haben, ward die schwierige Aufgabe zu Theil, alle zum Zwecke der Wasser-Versorgung erforderlichen Erhebungen und Vorarbeiten mit Zuziehung von erprobten, außer dem Gemeinderathe stehenden Fachmännern einzuleiten, und zur Durchführung eines vollkommen zweckentsprechenden Projektes die erforderlichen Anträge an den Gemeinderath zu stellen. Hierbei hatte die Kommission sich auch den Beschluß des Gemeinderathes, daß ein aus dem Gebirge herzuleitendes Wasser jenem des Donaufstromes vorzuziehen sei, gegenwärtig zu halten.